

121/ Frankfurt am Main, den 14. Februar 2009

Gastschulbeitrag

Darmstadt. Wenn ein Gymnasium Schüler aus dem Umland aufnimmt, könnte der Kreis oder die Kommune als Schulträger davon profitieren. Das besagt jedenfalls der jüngste 122. Prüfungsbericht des hessischen Landesrechnungshof zu den Gastschulbeiträgen von Oktober 2008. Das trifft aber nur zu, falls der Schulträger durch die Gastschüler eine bessere Auslastung der Platzkapazitäten erreicht. In manchen Fällen sei der Mehraufwand sogar geringer als der Gastschulbeitrag (derzeit 445 € pro Schüler und Jahr).

Studiert man den detaillierten Prüfungsbericht genauer, sieht man, dass bei vielen Kreisen und Kommunen dieser Sachverhalt nicht zutrifft, sie zahlen sogar drauf. Der jährl. von der Landesregierung festgesetzte Betrag deckt die Kosten der Kommunen für einen Schulplatz nämlich nur zu knapp einem Drittel. Besonders kostenintensive Schulformen wie die gymnasiale Oberstufe und die Förderschulen wurden bei der Erhebung nicht berücksichtigt. Hinzu kommen enorme örtliche Unterschiede und Berechnungsdifferenzen auf Grund der unterschiedlich fortgeschrittenen Umstellung der Kommunen und Kreise von der Kameralistik auf die kaufmännische Buchführung. Der Gastschulbeitrag ist nur ein politisch festgesetzter Landesdurchschnittswert, der nicht die Vollkosten eines Schulplatzes erkennen lässt. Dies bestätigte der Landesrechnungshof in einem persönlichen Gespräch Anfang Februar 2009.

Bei freien Schulträgern entfällt zudem das Argument einer besseren Kapazitätsauslastung, da dort alle Schüler als Gastschüler gelten. Hier gilt die Vollkostenrechnung für alle. Die detaillierte Prüfung des Rechnungshofs belegt, dass die Kostendeckung durch den Gastschulbeitrag im Landesmittel nur 27 Prozent beträgt.

Eine neue, angemessene Berechnungsformel für den Gastschulbeitrag zu vereinbaren, die die tatsächlichen Kosten auch realistisch abbildet, ist auf Grund der gegensätzlichen Interessenlage von Städten und Landkreisen kaum möglich, zumal die Höhe des derzeitigen Gastschulbeitrags nach Aussage des Landesrechnungshofs als landesweiter Durchschnittswert über alle Schulformen für staatliche Schulen akzeptabel ist.

Für die freien Schulträger muss daher über die Novellierung des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes eine andere Lösung gefunden werden.

Wenn man die von der Rechtsprechung als angemessen befundene Selbstbeteiligung der Eltern von 15 Prozent der vom Landesrechnungshof berechneten Vollkosten (247 €) abzieht, wäre eine Deckung der restlichen 85 Prozent mit dem jetzigen Verrechnungsbetrag von 445 € pro Schüler und Jahr nur zu erhalten, wenn man für die Schulen in freier Trägerschaft den nach dem bisherigen Verfahren festgesetzten

Gastschulbeitrag von 75 Prozent auf 300 Prozent

(1335 €) erhöht. Einschließlich der Eigenleistung entspräche dies dann in etwa den über alle Schulformen gemittelten Vollkosten (1648 €) der Kreise und Kommunen.